

Beschlussprotokoll

Gremium: Verbandsgemeinderat Langenlonsheim-Stromberg Sitzung am: 04.05.2022

TOP: 2 (öffentlich)

Betreff: Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg für das Haushaltsjahr 2022;
 Schreiben der Kommunalaufsicht

Bürgermeister Cyfka stellte im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg für das Haushaltsjahr 2022“ das zuvor allen Fraktionen zugegangene Schreiben der Kommunalaufsicht inhaltlich vor. In Bezug auf den Stellenplan beabsichtigt die Verwaltung Einsparungen durch Nichtbesetzung im Jahr 2022 in Höhe von 140.000,- € vorzunehmen. Ein weiterer Schritt zur Reduzierung des Jahresfehlbetrages wird die vom Beigeordneten Claus-Werner Dapper zusammengestellten Kürzungen bei den Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 175.000,- € sein, welche er einzeln durchgeht. Die Verschiebung der Unterhaltungsmaßnahmen ist aus Sicht der Verwaltung vertretbar. Der Kommunalaufsicht müssen bis 31.05.2022 die Einsparvorschläge übermittelt werden.

Bürgermeister Cyfka geht davon aus, dass mit diesen Einsparungsvorschlägen alle notwendigen Schritte eingeleitet wurden, um der Kommunalaufsicht entgegenzukommen. Er stellt fest, dass für die zukünftigen Haushalte alle Positionen noch kritischer betrachtet werden müssen um vorzusorgen, keine Rechtsverletzungen zu begehen. In Bezug auf den Stellenplan weist er darauf hin, dass dieser mit den derzeit vorgesehenen Stellen ausgereizt sei.

Ratsmitglied Anke Denker spricht für die SPD-Fraktion und gibt folgende Stellungnahme ab:

„Nach Eingang des Haushaltsschreibens der ADD bei der KV Bad Kreuznach war ein entsprechendes Schreiben an die VG Langenlonsheim-Stromberg zu erwarten.

Die Kommunalaufsicht erwartet eine Rückantwort der Verwaltung bis 31.05. Da das Schreiben der Verwaltung seit dem 08.04.2022 vorliegt, hätten wir zur heutigen Sitzung einen Verwaltungsvorschlag als Anlage zur Tagesordnung erwartet, da wir davon ausgehen, dass der VG-Rat über die vorgeschlagenen Änderungen abzustimmen hat.

Wir sehen im Haushalt den ausreichenden Spielraum, um den Forderungen der Kommunalaufsicht nachzukommen.

Wir haben uns die uns vorliegenden Zahlen zu den Jahresergebnissen 2020 und 2022 genau angeschaut, in beiden Jahren weicht der Planansatz des Ergebnishaushalts wesentlich vom IST ab. Sehr deutlich wird dies, wenn man die Planansätze des Finanzhaushaltes mit der Finanzrechnung vergleicht:

2020 Plan Finanz-HH	669.680 €	ist Finanzrechnung	1.975.797 €	(+1,3 Mio)
2021 Plan Finanz-HH	431.200 €	ist Finanzrechnung	1.550.601 €	(+1,1 Mio)

Gehen wir davon aus, dass sich der HH 2022 ähnlich positiv entwickelt, ist es möglich, ohne Umlagerhöhung einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Unser Vorschlag beinhaltet sowohl die Erhöhung im Bereich der Erträge als auch die Kürzung von Ausgaben. Bei der Erhöhung der Erträge orientieren wir uns an den

Rechnungsergebnissen der letzten beiden Jahre:

Vergnügungssteuer	plus	50.000,00 €
Gebühren Bauüberwachung	plus	5.000,00 €
Benutzungsentgelte	plus	50.000,00 €
Beiträge Essensgeld	plus	27.000,00 €

Säumniszuschläge	plus	25.000,00 €
Sonstige Erträge	plus	20.000,00 €
Forsthaushalt	plus	63.400,00 €
Zuschuss Hochwasserschutzkonzept	plus	117.000,00 €
Verw.—Kostenbeitrag Werke	plus	70.000,00 €
Verminderung der Ausgaben		427.400,00 €
Jugend musiziert (Kostenübernahme Kreis)		15.000,00 €
Gewässerschutz Kürzung Ansatz		40.000,00 €
Gebäudeunterhaltung pauschal		200.000,00 €
Mehreinnahmen/Minderausgaben gesamt		682.400,00 €

Die Gesamtausgaben 2021 Personalkosten betragen knapp 6 Mio. €.

Der Ansatz 2022 liegt bei knapp 3 Mio. €.

Inwieweit hier Einsparungen möglich sind, ohne dass die Verwaltungstätigkeit leidet, entzieht sich unserer Kenntnis. Eine Reduzierung des Stellenplans insbesondere in der Bauabteilung wird von uns nicht mitgetragen.“

In Bezug auf die von Anke Denker vorgetragene Erhöhung der Erträge der Einnahmen entgegnet Bürgermeister Cyfka, die Anhebung bei der Vergnügungssteuer als spekulativ. Der Zuschuss, welcher zum Hochwasserschutzkonzept fließen wird, konnte wegen der noch ausstehenden Förderzusage zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung, nicht eingeplant werden.

Frau Denker bittet dennoch um Schätzung der zu erwartenden Vergnügungssteuer anhand der bereits abgelaufenen vier Monate im Jahr 2022.

Ratsmitglied Fritz Hegemann spricht für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Seine Fraktion hätte vorab zur heutigen Entscheidungsfindung die Einsparvorschläge der Verwaltung benötigt. Daher ist eine Entscheidung in der heutigen Sitzung für die Fraktion nicht möglich. Die Einsparvorschläge sind aus seiner Sicht in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung zu erörtern.

Auch die Fraktionsvorsitzende der FDP, Marlene Hölz, schließt sich den Ausführungen an und ist ebenfalls der Auffassung, die Einsparvorschläge hätten den Ratsmitgliedern vorab zur Kenntnis gegeben werden müssen. Auch sie hält eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses für zielführend. Ein Zeitdruck soll nicht entstehen, deshalb soll die Kommunalaufsicht um Fristverlängerung gebeten werden.

Zum Stellenplan vertritt sie die Auffassung, dass man der Kommunalaufsicht die Mehraufgaben in der Verwaltung darlegen soll. Das Personal wird für die Abarbeitung der Aufgaben benötigt.

Ratsmitglied Klaus Mohr bemerkt, dass man sich in der Diskussion im Kreis drehe und bezieht sich auf die den Ratsmitgliedern vorliegende Liste der nicht umgesetzten Maßnahmen. Aus diesem Grund spricht er sich für eine Entscheidung in der heutigen Sitzung aus.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Peter Schmitt, stellt fest, dass zum Stellenplan kein Dissens bestehe. Es gehe lediglich um die Einsparvorschläge der Verwaltung bei den Unterhaltungsmaßnahmen, über welche zu befinden sei.

Bürgermeister Cyfka bekräftigt, dass die Einsparungen bei den Unterhaltungsmaßnahmen, entsprechend der vom Beigeordneten Dapper ausgearbeiteten Aufstellung nicht gestrichen, sondern nur verschoben werden. Die Aufstellung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Für das Jahr 2023 müsse man sehr genau entscheiden, was man sich noch leisten kann. Alternativ müsse über eine Umlageerhöhung nachgedacht werden.

Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Matthias Schütte, möchte in der heutigen Sitzung bezüglich der Einsparungen keine Entscheidung treffen. Die von Ratsmitglied Anke Denker vorgetragene Vorschläge stuft er als realistisch ein.

Beigeordneter Dapper weist darauf hin, dass die von der SPD vorgeschlagene pauschale Kürzung bei der Gebäudeunterhaltung in Höhe von 200.000,-- € nicht weit von seinen Einsparvorschlägen entfernt liegt. Er bekräftigt, dass seine Vorschläge seriös gerechnet wurden.

Bürgermeister Cyfka greift die Forderung nach einer weiteren Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf und prognostiziert, dass in einer solchen Sitzung auch kein anderes Ergebnis bei den Einsparungen herauskommen wird. Die von der SPD vorgetragene Vorschläge werden von der Verwaltung geprüft und ggf. der Kommunalaufsicht mitgeteilt werden.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Peter Schmitt, bittet um Abstimmung über die Einsparvorschläge der Verwaltung und um Prüfung der von der SPD-Fraktion eingebrachten Vorschläge.

Bürgermeister Cyfka lässt über die Einsparvorschläge der Verwaltung abstimmen und wird die Eingaben der SPD der Kommunalaufsicht vorlegen.

Beschlussfassung: Der Verbandsgemeinderat stimmt den Vorschlägen der Verwaltung zur Einsparung für das Haushaltsjahr 2022 zu. Die Vorschläge, welche von der SPD-Fraktion ausgearbeitet wurden, sollen in die Stellungnahme an die Kommunalaufsicht eingearbeitet werden.

**Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**